ATZE



Antifaschistische Zeitung Kiel Nr. 27

Landtagswahl in S-H:

Februar/April 1996
3 DM

Keinen Fußbreit, keine Stimme den FaschistInnen !

weitere Themen:

Nach dem Brandanschlag in Lübeck: Staatliche Flüchtlingspolitik in der Kritik

Nach Oklahoma: Faschistische Aktivitäten in den USA

Revanchisten im Kreis Pinneberg vorerst gestoppt

Liebe Leser, Liebe Leserinnen,

es gehört zu unserem Selbstverständnis, über die Aktivitäten von Faschisten in anderen Ländern zu berichten und die internationale Zusammenarbeit von AntifaschistInnen zu verstärken. Und das nicht nur, weil die internationale Situation zum Verständnis dessen, was bei uns passiert wichtig ist, sondern weil die internationale Solidarität eine der stärksten Waffen gegen faschistische Bestrebungen ist. Seit Jahren arbeiten wir mit der internationalen antifaschistischen Zeitung *Searchlight* zusammen. Mit ihrem europäischen Herausgeber, Graeme Atkinson, haben wir schon einige Veranstaltungen durchgeführt. Nun organisieren wir, gemeinsam mit den antifaschistischen Zeitschriften *Antifa-Infoblatt* (Berlin), *Der Rechte Rand* (Hannover), *Antifa-NRW-Zeitung* (Wuppertal) und *Rabaz* (Nürnberg) und *Searchlight* eine Veranstaltungsreihe mit *Jonathan Mozocchi*. Jonathan Mozzochi ist Mitglied der antifaschistischen *Coalition for Human Dignity* in Portland, Oregon, im Nordwesten der USA. Diese Gegend ist eine Hochburg der *„Christian Patriots“* und der *Milizbewegung*, so daß Jonathan Mozzochi AntifaschistInnen in Deutschland umfassende Informationen über die beunruhigenden Entwicklungen in den USA geben kann. In Kiel findet die Veranstaltung am **28. Februar** um 19.30 Uhr in der **Hansastraße 48** statt.

Am 19. Dezember fand in Kiel eine Hausdurchsuchung statt, in deren Verlauf auch Datenträger mit Teilen des Atze-Archives beschlagnahmt wurden. Grund für die Razzia war der Vorwurf der Mitarbeit in der Zeitschrift Radikal. Diese wird als kriminelle Vereinigung, sowie wegen Werbens für terroristische Vereinigungen verfolgt. Die Hausdurchsuchung richtete sich zwar nur gegen einen Bewohner einer Wohngemeinschaft, beschlagnahmt wurden aber auch Gegenstände seines Mitbewohners, einem Mitarbeiter der Atze. Das LKA Schleswig-Holstein hatte zunächst Probleme, die auf den Datenträgern befindlichen Dateien - Versanddateien, alte Ausgaben, Bilder etc. - zu öffnen. Um alle Dateien auswerten zu können hätten diese wohl an Computerspezialisten im BKA weitergegeben werden müssen. Da es uns wichtig war, die Dateien möglichst schnell und wenn möglich unversehrt zurückzuerhalten, verhandelten wir nach Rücksprache mit einem Anwalt mit dem LKA. Im Rahmen von „Übergabeverhandlungen“ öffneten wir vor zwei LKA-Beamten auf einem von uns gestellten Computer die Dateien. Nachdem auf diese Weise festgestellt wurde, daß auf den Datenträgern keine geheimen Botschaften der Radikal enthalten waren, wurden diese sofort herausgegeben. Klar war, daß nur der Atze-Mitarbeiter am Computer arbeitete. Es wurden weder Daten kopiert, noch ausgedruckt oder abgeschrieben. Nach unserem Ermessen wurden auch in der übrigen Zeit, in der die Datenträger beim LKA waren, keine Kopien der Daten gemacht.

Grundsätzlich sind wir der Ansicht, daß wir es der Polizei nicht einfacher machen sollten, Ermittlungen z.B. gegen linke Zeitschriften zu führen. In diesem Fall hat unsere „Mitwirkung“ sicherlich nicht zu neuen Erkenntnissen der Polizei geführt. Das LKA Schleswig-Holstein hätte die Datenträger nur ans BKA weitergeben müssen. Allerdings hätte dies erheblich länger gedauert. Wir gingen davon aus, daß in diesem Falle sicherlich von allen Dateien Kopien gefertigt worden wären. Daher versuchten wir das Verfahren abzukürzen.

Der Versuch der Polizei, nun durch Hausdurchsuchungen bei Freunden und Freundesfreunden von angeblichen Radikal-Mitarbeitern Zufallsfunde zu machen, ist eine Frechheit.. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit allen, die durch diese Verfahren verfolgt werden. Als antifaschistische Zeitung sehen wir, daß das Verfahren gegen die Radikal die Pressefreiheit für alle linken Zeitschriften, die offen berichten, in Frage stellt. Wir fordern alle unser Leser und Leserinnen auf, sich in Ihren Möglichkeiten gegen diesen Versuch die Pressefreiheit zu beschneiden zu wehren.

Die **Atze**-Redaktion

Inhaltsverzeichnis

Schleswig-Holstein

Revanchismus

Internationales

Keine Stimme, keinen Fußbreit den Faschisten !

Nur noch wenige Wochen vergehen bis zur Neuwahl des Schleswig-Holsteinischen Landtages am 24. März 1996. Der folgende Artikel beleuchtet die aktuellen Aktivitäten der faschistischen Parteien DLVH und DVU und formuliert einige Überlegungen zu den antifaschistischen Aufgaben in der Wahlkampfzeit.

Mit über 6% und sechs Abgeordneten zog im April 1992 die *Deutsche Volksunion* (DVU) in den Landtag Schleswig-Holsteins ein. Mit dem Rückenwind der von den bürgerlichen Parteien betriebenen Kampagne zur Abschaffung des Asylrechts und einer daran ankoppelnden millionenschweren Plakat- und Postwurfaktion der DVU schlug sich das rassistische Potential auch in der Wahl der DVU wieder.

DVU mit Millionen

Nachdem die bürgerlichen Parteien mit der Änderung des Artikels 16 GG der von ihnen mitgeschaffenen Stimmung im Lande nachgekommen waren und damit auch den Forderungen faschistischer Organisationen ein Stück entgegengekommen sind, hat diese politische Frage in der öffentlichen Debatte stark an Bedeutung verloren. Die Nazis können sich gegenwärtig nicht an eine vergleichbare Kampagne ranhängen; ihre Aussichten, erneut in den Landtag einzuziehen, sind denn auch nicht besonders groß.



DLVH-Kandidaten Lenzner, Schwellnus und Zuckmantel

Die DVU wird jedoch mehrere Millionen Mark aufbringen, um diesen Einzug doch möglich zu machen; gelänge dies, so würde die Stellung der DVU und ihres Vorsitzenden Gerhard Frey gegenüber anderen faschistischen Parteien enorm gestärkt. Nach internen Planungen der DVU sind auch in diesem Wahlkampf mehrere Postwurfsendungen geplant, eine große Zahl von Großflächenplakaten ist für den März angemietet worden. Werbeschwerpunkte sollen mit Lübeck, Kiel, Neumünster und dem Hamburger Umland die Gebiete sein, wo die DVU 1992 die höchsten Stimmenanteile erzielen konnte. Für Kiel wird der Wahlkampf von Dirk Schober geleitet, der inzwischen zum hiesigen DVU-Kreisvorsitzenden aufgestiegen ist. Als Frey-Günstling besetzt er zudem einen vorderen Platz auf der DVU-Landesliste. Diese wird von Heinrich Gerlach angeführt, von dem angenommen werden darf, daß er nur pro forma in Schleswig-Holstein einen Wohnsitz angemeldet hat, um kandidieren zu können. Zu den an der Spitze der Landesliste plazierten DVUlerInnen gehören zudem die Abgeordneten Renate Köhler, Helmut Thienemann und Benvenuto-Paul Friese sowie der DVU-Landesgeschäftsführer Heinrich Henftling aus Reinbek.

In ersten Rundschreiben von Renate Köhler, der Vorsitzenden der DVU-Abgeordneten im Landtag, und dem seit kurzem amtierenden DVU-Landesvorsitzenden Heinrich Gerlach versucht sich die DVU als Protestpartei darzustellen. Das Programm zur Landtagswahl 1996 besteht aus einem Sammelsurium von Forderungen. Unter dem Stichwort „Mehr soziale Gerechtigkeit schaffen" fordern die Faschisten eine scharfe Ausgrenzung von MigrantInnen und Flüchtlingen aus dem System sozialer Leistungen. „Mehr Schutz für den Bürger durchsetzen" heißt für die DVU Aufrüstung der Polizei und rassistische Schuldzuweisung an Flüchtlinge und MigrantInnen. Außer der Forderung nach Apartheid im Schulsystem („Entflechtung von Schulklassen nach Sprachgruppen") finden sich noch revanchistische Forderungen wie „Wiederbelebung der schleswig-holsteinischen Patenschaft für Ostpreußen; Partnerschaft mit Königsberg" oder auch „Hilfe des Landes, damit endlich auch eine schleswig-holsteinische Mannschaft in der Ersten Fußball-Bundesliga verteten ist".

DVU-Kreisverband Plön/Ostholstein,
Postfach [redacted] Kiel,
Tel./Fax: (0431) [redacted]6291
Interessenten, Helfer und aktive Mitstreiter sind sehr willkommen!

Postfach und nix dahinter ?

DLVH ohne Chance

Als zweite faschistische Organisation bemüht sich die *Deutsche Liga für Volk und Heimat* (DLVH) um den Einzug in den Landtag. Sie stellt gegenwärtig drei Abgeordnete, die der DVU schon kurz nach dem Einzug in den Landtag den Rükken kehrten und sich nun unter diesem Dach zusammengefunden haben. Als Spitzenkandidaten der DLVH sind die beiden Landtagsabgeordneten Ingo Stawitz und Ingo Schachtschneider sowie Dr. Armin Lenzner, Ursula Schwellnus (Ex-DVU) und Ralf Zuckmantel (Ex-DVU) vorgesehen. Ob sie tatsächlich auf der Landesliste an der Wahl teilnehmen werden, entscheidet sich endgültig am 9. Februar, wenn der Landeswahlausschuß über die Zulassung der Parteien entscheidet (dann ist diese ATZE gerade im Druck). Vermutlich wird die DLVH die nötigen Unterschriften, die ihr eine Teilnahme an der Wahl mit einer Landesliste erlauben, zusammenbekommen. Bereits seit etlichen Wochen verteilt die Partei - gelegentlich mit Unterstützung der NPD und von Mitgliedern der REP - ihr Agitationsmaterial. In Kiel legte sie Flugblätter auch im Arbeitsamt aus. Die DLVH versucht sich darin demagogisch als Vertreterin der kleinen Leute zu geben: für die Kriminalität werden in bekannt rassistischer Manier Ausländer verantwortlich gemacht, zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme hingegen wird auf einen Abbau staatlicher Leistungen orientiert. Die DLVH hat selbst nach eigener Einschätzung keine Chance, in den Land-



DVU wählen – das hilft!

Nationalistische Propaganda der DVU im Landtagswahlkampf '96

tag einzuziehen. Sie betrachtet daher jede Stimme als Votum für eine „vereinigte rechte Sammlungspartei“ und nutzt die Vorbereitungen zur Wahl zum Ausbau ihrer Strukturen und der Zusammenarbeit mit anderen faschistischen Gruppierungen im Land.

Einem Zusammenschluß örtlicher Wählerinitiativen zur Wählergemeinschaft Schleswig-Holstein (WSH) werden allgemein nur wenig Stimmen zugetraut. Ihr Ziel ist es, eine rot-grüne Mehrheit im Landtag zu verhindern. Nach Angaben der WSH wurde ein früheres DVU-Mitglied nicht auf die Kandidatenliste gewählt.

Antifaschistische Aufgaben

Auch wenn der Einzug faschistischer Abgeordneter in den Landtag nach dem 24. März 1996 gegenwärtig zweifelhaft ist, so darf dies nicht dazu verleiten, die Hände in den Schoß zu legen. Bereits in diesen Tagen ist die rassistische und nationalistische Hetze in vielen Orten des Landes absehbar. Neben den unerträglichen Postwurfsendungen wird der Hauptteil der Nazi-Propaganda in Form von Stellschildern und als Plakatierung auf Werbetafeln auftauchen. Da die Erwartung, die Stadtreinigung werde den braunen Müll rasch beseitigen, wohl trügt, muß die Nazi-Hetze durch antifaschistische Eigeninitiative beseitigt werden. Diese Form der Zivilcourage und des zivilen Ungehorsams ist auch dann richtig und wichtig, wenn die Beseitigung von DVU- und DLVH-Plakaten formell als Sachbeschädigung gewertet wird.

Bereits in den letzten Wochen sind Mitglieder der DLVH mit Infoständen und kleinen Aktionen in verschiedenen Gegenden des Landes aufgetreten; der ATZE liegen Informationen vor, daß auch die DVU - entgegen ihren Gepflogenheiten im Wahlkampf 1992 - an Infotische in Fußgängerzonen denkt. Sollten es die Nazis in diesem Wahlkampf wagen, öffentlich aufzutreten - sei es durch Info-Stände, Veranstaltungen oder gar Kundgebungen - so ist eine entschlossene Reaktion gefordert. Derartige Auftritte werden nicht hingenommen. Auch den Verantwortlichen in der Stadt stehen entsprechende rechtliche Möglichkeiten zur Verfügung; worauf es ankommt, ist der politische Wille, diese gegen die Nazis zum Einsatz zu bringen. Dies freilich sollte angesichts der rassistischen Hetze von DVU und DLVH und des Naziterrors der vergangenen Jahre selbstverständlich sein. Antifaschistische Aufmerksamkeit und eine starke Beteiligung an entsprechenden Aktivitäten dürfte ein wichtiges Mittel sein, die Nazis in ihre Schranken zu verweisen.

An unsere Leser in Schleswig-Holstein

Die Deutsche Volksunion (DVU) sucht kurzfristig Unterbringungsmöglichkeiten für auswärtige Wahlhelfer, vornehmlich Einzelquartiere von Privat nahe Lübeck, Neumünster, Kiel oder Flensburg.

Angebote bitte an:
DVU, Herrn Gerigk,
[redacted] München
☎ (089)[redacted]0850,
Telefax (089)[redacted]1534

Aufruf in der Nazi-Presse

DLVH-Verbindungen zu anderen neofaschistischen Gruppen

- In den ersten Landesvorständen der Partei waren ehemalige Mitglieder von REP, DVU und NPD vertreten.
- Gemeinsam mit Mitgliedern der NPD-Jugendorganisation JN und der inzwischen verbotenen FAP wurde im Juni 1994 in Rendsburg eine Sonnenwendfeier durchgeführt.
- Der DLVH-Fraktionsvorsitzende im Landtag und Bundesvorstandssprecher, Ingo Stawitz, traf sich mit dem ehemaligen FAP-Bundesgeschäftsführer Goertz, um über eine mögliche Kooperation zu sprechen.
- Als Fraktionsassistenten beschäftigt die DLVH im Landtag Philip Steinbeck, den früheren Gauleiter Schleswig-Holstein der von Michael Kühnen organisierten militanten Nationalen Sammlung.
- Am Rande des REP-Parteitages in Uetersen kommt es 1995 zu einem Treffen des REP-Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer mit Ingo Stawitz.
- Stawitz spricht bei einer NPD-Feier aus Anlaß des 30jährigen Bestehens des NPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein.
- Für die Landtagswahl hat die DLVH mit der NPD ein Unterstützungsabkommen geschlossen.
- Der Arbeitskreis für deutsche Politik (AfdP) sammelt Unterstützungsunterschriften für die Zulassung der DLVH-Direktkandidaten zur Landtagswahl 1996.

Besondere monatliche Funktionszulagen (zusätzlich zur Grunddiät von 6.680,-DM) für die Mitglieder der DVU-Fraktion, Stand 10.12.1992:

Abg. Stawitz, Fraktionsvorsitzender: + 7.950,- DM
Abg. Friese, stellv. Fraktionsvorsitzender: + 1.908,- DM
Abg. Schachtschneider, stellv. Fraktionsvorsitzender: + 1.908,- DM
Abg. Köhler, stellv. Fraktionsvorsitzende: 1.908,- DM
Abg. Thienemann, Parlamentarischer Geschäftsführer: + 4.770,- DM
Abg. Voss, Arbeitskreisvorsitzende: + 1.272,- DM

Brandanschlag in Lübeck

Staatliche Flüchtlingspolitik in der Kritik

In der Nacht vom 17. auf den 18. Januar 1996 brannte eine Sammelunterkunft für Flüchtlinge in Lübeck völlig aus; insgesamt zehn Menschen wurden getötet, über dreißig schwer verletzt. Kurze Zeit später unter Tatverdacht festgenommene junge Männer aus Nordwestmecklenburg wurden wenig später wieder freigelassen; der Öffentlichkeit wird von der Staatsanwaltschaft nun stattdessen ein Bewohner des Hauses als mutmaßlicher Täter präsentiert. Neben einigen offenen Fragen ist der nötige Handlungsbedarf unübersehbar geworden.

Angesichts der Welle rassistischer Gewalttaten, denen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren über hundert Menschen zum Opfer gefallen sind, die hier nichts anderes als Schutz vor Verfolgung und Armut gesucht hatten, lag die Vermutung nahe, daß auch hier wieder rassistische Gewalttäter am Werke waren. In diesem Sinne äußerten sich auch Vertreter des *Lübecker Bündnis gegen Rassismus* sowie der Bürgermeister der Stadt Lübeck unmittelbar nach Bekanntwerden des Feuers über die - nach dem jeweils aktuellen Kenntnisstand - möglichen Hintergründe der Ereignisse. Trauer um die Toten und Wut über die unmenschlichen Umstände, unter die die staatliche Politik Flüchtlinge zu leben zwingt, ließ mehrere tausend Menschen in Lübeck demonstrieren. Sie ließen sich auch nicht von den nicht enden wollenden Spekulationen über den genauen Tathergang irritieren.

Dürftige Ermittlungsergebnisse

Noch Ende Januar waren die vorgelegten Indizien gegen den als möglichen Brandstifter festgenommenen Hausbewohner mehr als dürftig. Die Beschuldigungen stützen sich vor allem auf Gesichtspunkte. Da ist **erstens** sein „Geständnis“, also eine Aussage gegenüber einem Rettungssanitäter in der Brandnacht, er habe mit dem Brand zu tun. Der genaue Wortlaut dieser Äußerung ist strittig, der Hausbewohner bestreitet eine Selbstbezichtigung. **Zweitens** muß der Brand im Haus selbst gelegt worden sein. Der Brandstifter muß also im Haus gewesen - oder von außen eingedrungen - sein. Der Rechtsanwalt des Beschuldigten weist darauf hin, daß es eine zweite Tür gegeben habe, ein Anschlag von außen also möglich gewesen ist. Und **drittens** gibt es sehr widersprüchliche Aussagen über Streitigkeiten im Haus. Alle bisherigen Aussagen von HausbewohnerInnen widersprechen der Darstellung von Polizei und Staatsanwaltschaft. Niemand berichtete von Streit. Der im Haftbefehl als Kontrahent aufgeführte G. Susu wird fälschlicherweise als Hausbewohner bezeichnet, obwohl er dort nur zu Gast war. Er dementiert einen Streit mit dem Beschuldigten ausdrücklich.



Polizei und Staatsanwaltschaft präsentieren den libanesischen Hausbewohner trotz lückenhafter Indizien in der Öffentlichkeit als Täter. Gibt es weitere Beweise, so müssen diese vorgelegt werden. Gibt es keine, so muß er zunächst als unschuldig gelten. Dies fordern das *Lübecker Bündnis gegen Rassismus*, die Flüchtlinge aus dem abgebrannten Haus und die in Lübeck aktive Gruppe *Afrikanische Gemeinschaft.*

Auf der Anklagebank: die herrschende Asylpolitik

Eins ist durch die Tragödie in Lübeck jedoch erneut deutlich geworden. Die herrschende Asylpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist inhuman. Flüchtlinge werden zwangsweise in überfüllte Sammelunterkünfte eingewiesen; ihnen wird nicht einmal der Sozialhilfesatz zum Leben zugestanden; häufig werden sie auf den Ämtern schikaniert, und ständig ist ihr Leben von der Furcht vor Abschiebung überschattet.

Diese Abschreckungspolitik gegen Menschen, die bei uns Hilfe und Schutz suchen, ist entscheidend mitverantwortlich für Entstehung und Ausmaß des Brandes in der Lübecker Flüchtlingsunterkunft - egal, wem letztlich die Tat nachgewiesen werden kann. Daß bei dem Brand elf Menschen ihr Leben verloren, hat mit der gedrängten Unterbringung zu tun. Sollte - trotz aller Fragezeichen, die gegenwärtig hinter diese Behauptung der Staatsanwaltschaft zu setzen sind - ein Hausbewohner das Feuer gelegt haben, so muß daran erinnert werden, daß die Art der Unterbringung und die dauernde Belastung durch den ungewissen Ausgang der Asylverfahrens zu enormen psychischen Belastungen führen. Und sollte der Brand sich letztlich doch als faschistischer Anschlag erweisen, so werden Flüchtlinge durch ihre gemeinsame und isolierte Unterbringung geradezu als Angriffsziel angeboten.

Wegen dieser Zusammenhänge waren die u.a. von Flüchtlingen und AntifaschistInnen geforderten Konsequenzen nach einer sofortigen Umkehr in der Flüchtlingspolitik, wie sie u.a. bei den Kundgebungen und auf Flugblättern gefordert wurden, auch nicht voreilig. Eine solche radikale Umkehr ist seit Jahren überfällig.

Rechte Kampagne gegen den Lübecker Bürgermeister - CDU und Faschisten ziehen an einem Strang

Kurz vor der Landstagswahl am 24. März sah die CDU in den Äußerungen des Lübecker Bürgermeisters Bouteiller eine gute Möglichkeit, sich zu profilieren. Dieser hatte sich durch den Tod so vieler Menschen persönlich sehr berührt gezeigt und

in ersten Äußerungen auch auf die politische Dimension der Tragödie hingewiesen, indem er auf die Ausgrenzung von Flüchtlingen und MigrantInnen verwies und andeutete, daß dagegen ein energischer Kampf zu führen sei. Hierzu zählte er auch das Mittel des zivilen Ungehorsams, etwa für den Fall, daß eine Abschiebung von Opfern der Brandkatastrophe beabsichtigt sei.

Thorsten Geißler (CDU) attackierte den SPD-Bürgermeister umgehend, indem er ihm vorwarf, sich auf Kosten der Opfer des Feuers politisch profilieren zu wollen; FDP und CDU forderten die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Michael Bouteiller. Während dessen Emotionen jedoch spontan waren, fällt die perfide Verleumdung Geißlers auf diesen selbst zurück. Geißler geht es im Wahlkampf um die Gewinnung gewisser Teile der Bevölkerung, denen jedes - und sei es nur humanitäre - Engagement für Flüchtlinge zu weit geht. Zugleich dient die Attacke auf den Bürgermeister dem Versuch, politisch untermauerte Solidaritätsaktionen mit Flüchtlingen zu isolieren und auszugrenzen.

Unterstützung erhält die CDU dabei von den „anständigen Deutschen". Hierzu zählt sich natürlich auch Gebhard Schmidt; in einem Leserbrief in den *Lübecker Nachrichten* äußerte sich der frühere REP-Kandidat ganz unverblümt. Wahrheitsentstellend behauptet der, Michael Bouteiller habe pauschal „die Rechtsparteien ob dieser ruchbaren Tat angeprangert" und „tumben Deutschen-Haß" gepredigt (24.1.95). In dieselbe Kerbe schlägt auch Henning Wolff (Fehmarn), als Herausgeber des *Fehmarnschen Tageblattes* 1990 in den Vorstand der neofaschistischen DVU gewählt. In seinem Leserbrief in der rechtsextremen *Jungen Freiheit* (JF) heißt es unter anderem: „Wenn Herr Bouteillier, der seinen Eid auf den Staat geleistet hat, nun die deutsche Öffentlichkeit aufruft, Gesetzesbruch zu betreiben und den ‚zivilen Ungehorsam' propagiert, dann stellt sich dem loyalen demokratischen, gesetzestreuen Bürger diese Frage: Sollte Herr Bouteillier nicht lieber ‚auswandern'? Vielleicht nach Nordvietnam, China oder Kuba? Oder, falls zu weit angeraten: Sollte der Herr Bürgermeister nicht wenigstens die Hälfte seines Gehalts für die in seiner Stadt unterprivilegierten Asylsuchenden monatlich spenden und von seiner Wohnung nicht wenigstens ein Zimmer (nebst Bad- und Küchenmitbenutzung) für notleidende Ausländer bereitstellen?" (5/96). Vorher hatte der DVU-Funktionär sogar noch den Berliner Rechtsextremisten Thorsten Thaler gelobt, der ebenfalls in der JF den Bürgermeister Lübecks einen „cholerischen Wirrkopf" genannt und gefordert hatte, der „Fall Bouteiller gehört jetzt auf die politische Tagesordnung". Was die CDU denn ja auch getan hat.



Antirassistische Demonstration nach der Brandstiftung in Lübeck

SPD läßt Bouteiller im Regen stehen

Wer nun erwartet hatte, die SPD würde ihr Parteimitglied offensiv verteidigen, sah sich getäuscht. Statt das Vorgehen der CDU als das zu denunzieren, was es ist, nämlich der Versuch der Zementierung und Rechtfertigung einer menschenfeindlichen Flüchtlingspolitik, kann sich Regierungschefin Simonis gegenüber dem *Spiegel* lediglich zu der Aussage durchringen, es sei zu prüfen, ob die Äußerungen des Bürgermeisters tatsächlich gegen seinen Amtseid verstoßen hätten. Die Erklärung der SPD-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft strotzt nur so vor Allgemeinplätzen. Nicht von Konsequenzen ist die Rede, sondern von Ausschüssen, die dann Vorschläge erarbeiten, die dann nach Bonn geschickt werden. Ein Begräbnis zweiter Klasse!

Nun mag es zuviel erwartet sein, gerade von der SPD in dieser Frage ein konsequentes Eintreten für Menschenrechte zu fordern; noch zu frisch ist die Erinnerung an die unrühmliche Rolle, die die Nord-SPD bei der reaktionären Wende der SPD in der Asylpolitik gespielt hat. Zu genau erinnern sich viele auch daran, daß Ankündigungen aus dem Wahlkampf 1992, die SPD werde die Sammellager auflösen, schon kurze Zeit später das Papier nicht wert waren, auf dem sie gedruckt waren. Dennoch gehören die sofortige Auflösung der

Sammelunterkünfte und die dezentrale Unterbringung der Flüchtlinge auch weiterhin zu den eigentlich selbstverständlichen Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden müssen.

Dies wird nur gegen CDU/CSU und FDP zu machen sein. Bundesinnenminister Kanther hat Ende Januar betont, daß die Anwendung des 1993 verschärften Asylparagraphen strikt vollzogen werde; zugleich beschwor er wieder das rassistische Bild von einem neuerlichen „Zustrom von Ausländern". Die SPD forderte er auf, die Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen zu unterstützen, denn „wir müssen klarstellen, daß Deutschland kein Einwanderungsland ist und auch nicht werden soll" (*Die Welt 29.1.96*). Sollte sich die SPD dem verweigern, sei dies „ein gefundenes politisches Futter für Rechtsradikale". Widerspruch der SPD zu dieser demagogischen Verdrehung von Tatsachen war nicht zu vernehmen. Es steht zu befürchten, daß sich die SPD - wie bereits bei der reaktionären Kampagne zur Beseitigung des Asylrechts - von der CDU/CSU unter Druck setzen läßt und auch weitere Einschränkungen unterstützen wird. Zu nennen ist hier gegenwärtig besonders der Entwurf zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, dessen Beratung durch den Bundesrat unmittelbar bevorsteht. Die SPD-regierten Bundesländer könnten ein deutliches Zeichen setzen, wenn sie diesem Gesetz die Zustimmung versagten und dies mit der rassistischen Signalwirkung begründeten, die von solchen Sondergesetzen ausgeht.

Zu einer Flüchtlingspolitik, die dem Anspruch von Humanität auch nur annähernd gerecht werden will, müssen gehören:

- sofortige Rücknahme des sog. Asylkompromisses und seiner begleitenden Regelungen (z.B. Drittstaatenregelung")
- die Anerkennung von Asylgründen wie Bürgerkrieg, wirtschaftliche Not, Armut, Vergewaltigung und Verfolgung wegen sexueller Orientierung
- ein sofortiger und vollständiger Abschiebestop für abgelehnte AsylbewerberInnen. Bleiberecht für alle.
- Beseitigung von rassistischen Sondergesetzen, wie z.B. dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Wie wärs denn nun, wenn Du und Deine Klapsmühlen-Aspiranten so viel Ehrgefühl zeigen, daß Ihr euch beim Volk entschuldigt? Vielleicht in der "Bild", mit folgender Überschrift:
Wir, die verleumderische und ehrabschneiderische Schweine-Brigade von Lübeck, bitten das Deutsche Volk um Verzeihung
Mal ganz im Vertrauen (komm mal näher ran, es muß ja nicht jeder hören): Ich halte Dich für ein ganz mieses Schwein!

Übelste Beschimpfungen und Morddrohungen - Drohbriefe an den Bürgermeister Lübecks

Rassistische Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Kronshagen

Nur wenige Tage nach dem Brandanschlag auf eine Lübecker Flüchtlingsunterkunft wurden in Kronshagen bei Kiel die ersten Flüchtlinge in andere Wohnungen verlegt - aus Angst vor weiteren ausländerfeindlichen Angriffen. In den vergangenen Wochen waren drei AsylbewerberInnenheime in Kronshagen und Ottendorf mehrfach von Neonazis aufgesucht worden. Immer wieder pöbelten sie rum, gröhlten faschistische Parolen und beschimpften die Menschen. Nach Angaben von BewohnerInnen der Flüchtlingsheime hatten die Neonazis mehrfach versucht, Leute tätlich anzugreifen und in die Unterkünfte einzudringen. Zum bislang heftigsten Überfall kam es dann am Dienstag, den 23. Januar diesen Jahres: Eine „Gruppe von gewalttätigen Erwachsenen" (so der Polizeibericht) war rassistische Parolen gröhlend durch die Kopperpahler-Allee gezogen und hatte anschließend die BewohnerInnen (zwei afrikanische Familien) der dortigen Flüchtlingsunterkunft massiv verbal bedroht und sie aufgefordert, das Haus zu verlassen. Danach bewarfen sie das Gebäude mit Steinen und versuchten, gewaltsam in das Haus einzudringen. Daran konnten sie in letzter Minute von den eintreffenden Polizeibeamten gehindert werden. Nach einer vorläufigen Festnahme wurden sie allerdings kurze Zeit später wieder auf freien Fuß gesetzt. Gegen sie wird nun wegen Volksverhetzung, Sachbeschädigung und versuchter Körperverletzung ermittelt.

Die beiden Familien sind daraufhin in eine andere Unterkunft am Eichhof-Friedhof verlegt worden. Dies kann allerdings nicht die Lösung sein, denn auch für die Menschen, die in den Containern an der Ottendorfer Straße und in der Claus-Sinnien-Straße untergebracht sind ändert sich an der Bedrohung durch Nazis nichts. Völlig isoliert, ohne Telefonanschluß und unter menschenunwürdigen Bedingungen, z.T. in Containern, zusammengepfercht, müssen sie weiter mit dem Risiko leben, jederzeit Ziel von rassistischen und terroristischen Angriffen zu sein. Da genügt es nicht, daß sich lediglich der von Pastor Klaus Onnasch ins Leben gerufene „Arbeitskreis zur Betreuung von Asylbewerbern" verstärkt um die betroffenen Menschen kümmert ! Schon gar nicht, solange die Menschen, die es überhaupt geschafft haben, nach Deutschland zu flüchten, wie Vieh in menschenleeren Gegenden geradezu ausgesetzt werden.

Über den Täterkreis ist bislang wenig bekannt geworden. Den Ermittlungen der Polizei zufolge, scheint sich in Kronshagen und Umgebung jedoch ein aktiver Kreis von Faschisten gebildet zu haben. Mittelpunkt der Gruppe soll laut KN ein erst kürzlich nach Kronshagen gezogener junger Mann sein, der in der Neonazi-Szene einschlägig bekannt ist. Obwohl die Nazi-Schläger nach den Aussagen verschiedener ZeugInnen inzwischen selbst am hellichten Tag einen Schwarz-Afrikaner durch Kronshagen gejagt haben sollen, ist immer noch nichts genaueres über die Täter bekannt geworden. Wir werden jedoch nicht warten, bis auch in Kronshagen Häuser und Menschen brennen...

Wem Informationen über die faschistischen Umtriebe speziell in Kronshagen bekannt sind, möge sich bitte an die ATZE, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, wenden.

Freundschaftsbus in Schleswig-Holstein auf Tour

Seit einiger Zeit versucht die *Interkulturelle Begegnungsstätte Lübeck* für Schleswig-Holstein einen Völkerfreundschaftsbus auf die Beine zu stellen. Mit diesem Bus soll versucht werden, die Möglichkeit der Begegnung und Auseinandersetzung von Menschen und Gruppen verschiedener Herkunft, Gedanken und Ideen zu schaffen.

Der Bus bietet kein fertiges und starres Konzept, sondern ist als ein offener Treff gedacht, der von unterschiedlichen Gruppen und Menschen entwickelt, gefüllt und getragen (unterstützt) werden muß. Der Informations- und Aktionsbus *BAOBAB Freundschaft* soll quer durch das Land fahren, zu Initiativen, Vereinen, Schulen und Betrieben und natürlich zu allen Menschen, die ein Zeichen für Verständigung und Weltoffenheit setzen wollen.

Im Bus soll Platz sein für Fotoausstellungen, Malaktionen für Kinder; mit ihm sollen Stadterkundungen unter interkulturellem Aspekt möglich sein; er soll Diskussionsmittelpunkt bei Aktionstagen, Jugendzentren oder Dorffesten werden. Zu diesem Zweck wird er nicht nur eine Bibliothek, sondern auch eine Mediothek mit Radio- und Videoaufzeichnungen sowie Arbeitshilfen zu Themengebieten wie Rassismus und Vorurteile, interkulturelles Lernen, Flucht und Asyl oder Migration mit sich führen.

Das Projekt wird inzwischen von verschiedenen Gruppen in Lübeck unterstützt, so z.B. der Evangelischen Jugend, dem Internationalen Frauen und Mädchenprojekt Lübeck, der Flüchtlings-AG Lübeck und dem Lübecker Jugendring e.V.

Wer Interesse daran hat, daß der Bus auch ihre / seine Stadt anfährt, kann sich mit der Interkulturellen Begegnungsstätte in Lübeck in Verbindung setzen. Sie ist in der Fleischhauerstraße 32 zu finden (23552 Lübeck) oder telefonisch unter 0451-75532 zu erreichen.

Das Projekt BAOBAB Freundschaftsbus benötigt weitere Spenden:

Sparkasse Lübeck (BLZ 23050101), Konto Nr. 1-035765,

Meldungen

Neofaschistische Gesellschaft in Schaalby

Vorwiegend aus dem norddeutschen Raum kamen die TeilnehmerInnen der Tagung der *Gesellschaft für Europäische Urgemeinschaftskunde e.V.* Anfang Oktober 1995 in Schaalby bei Schleswig. Unter ihnen war mit Steffen Hupka auch ein Kader der verbotenen *Nationalistischen Front*, der gegenwärtig im Ostharz die Nazi-Szene organisiert. Zu den Vortragenden gehörten u.a. Wolfram zu Mondfeld und der Österreicher Franz Spilka. Mondfeld schrieb 1994 und 1995 in der Zeitschrift des faschistischen *Nordischen Rings* und trat bei der 5. Hetendorfer Tagungswoche, einem zentralen Strategietreff der deutschen Nazis, auf. Spilka ist u.a. Autor im *Alten Jahreszeitweiser*, wo er sich in der schlechten Gesellschaft von Nazi-Kadern wie Herbert Schweiger, Gerd Honsik oder Andreas Thierry befindet. Ein Beitrag von Fritjof Hallman, der dem offen antisemitisch auftretenden *Bund für Gotterkenntnis* nahesteht, konnte aufgrund des Alters des Autors nur verlesen werden. Die Vereinigung, die auch einen Ausflug nach Schweden unternahm, wertete die Veranstaltung als Erfolg; in der örtlichen Tageszeitung *Flensburger Tageblatt* erschien ein völlig unkritischer Artikel.



Hintere Reihe, dritter von links: Steffen Hupka im Kreise von Mitgliedern der Nazigruppe „Unabhängigen Freundeskreises“ (vgl. Antifa Info Nr. 31)

Meldungen

Hausdurchsuchung bei Nazi in Glinde

Ziel einer polizeilichen Aktion waren Mitte November 1995 die Wohn- und Geschäftsräume eines Verlegers in Glinde, der unter dem Namen *V. Directori Publishers* in verschiedenen faschistischen Zeitschriften geworben hatte. Neben Pornovideos fand die Polizei vor allem Literatur von Auschwitzleugnern, wie z.B. die *Remer-Depesche* und *Die Bauernschaft*. Gegen den 27-jährigen Mann wurde ein Ermittlungsverfahren wg. Volksverhetzung, Beleidigung und Verstoß gegen das Urheberrecht eingeleitet.

Neu im Februar 1995:

Video »Staatsfeind Nr. 1« – Eine Filmdokumentation über Thies Christophersen. Umschlag im 4–Farb–Druck, professionelle Bildqualität und Duplizierung.

Für DM 39,95 zzgl. Porto von:

V. Directori Publ., Postfach [redacted], D–21505 Glinde

Annonce in „Die Bauernschaft" 2/95

Drohungen gegen NS-Ausstellung

Eine Ausstellung mit Fotos lokaler SS-Größen sorgte Ende November in Rendsburg für Aufregung. Beim Leiter des Jüdischen Museums Dr.-Bamberger-Haus, in dem die Bilder aus dem Privat-Album eines anonymen ehemaligen Rendsburger SS-Mannes zu sehen waren, gingen mehrere Drohanrufe ein. Der Museumsleiter und die MitarbeiterInnen zeigten sich zwar besorgt, betonten aber, daß „man damit in einem jüdischen Museum leben müsse".

Auktionshaus bietet NS-Militaria an

Zur Versteigerung von über 2000 Objekten aus der NS-Zeit lud Mitte November 1995 das in Bad Oldesloe ansässige Hanseatische Auktionshaus für Historica Dr. Beer & Partner OHG (HAH). Dessen Geschäftsführer Alfred Umhey sieht die Nazi-Andenken als „wertfreie, historische Gegenstände". Im Katalog liest sich das freilich anders; dort wird u.a. für eine „eindrucksvolle große Bronze" geworben, die „den ‚Führer und Reichskanzler Adolf Hitler' mit kraftvollen Gesichtszügen vorwärtsblickend" darstellt.

Staatsknete für völkische Sekte

Umfassende Unterstützung des Sozialministeriums des Landes Schleswig-Holstein und der Stadt Kiel hat die völkisch-rassistische Sekte „Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft" (DUR) erhalten. Für den Umbau des DUR-Gebäudes in Kiel gab das Land einen Zuschuß von 138.200.- DM, die Stadt ein Darlehen von 230.350.- DM. In dem Gebäude ist nun auch ein Kindergarten untergebracht.

NPD-Hetze in Mölln

Eine besondere Provokation dachte sich die neofaschistische NPD aus. Zum dritten Jahrestag der Möllner Morde verbreitete sie dort Flugblätter, in denen die Überlebenden des Nazi-Brandanschlags vom 23. November 1992 verunglimpft werden. Unter der Überschrift „Wahrheit für Mölln" behaupten die anonymen Verfasser, die sich hinter einem Postfach in Itzehoe verbergen, daß der Anschlag nicht rassistisch motiviert gewesen sei; vielmehr hätte er sich gegen den Familienvater gerichtet, der in „Drogen- und Menschenhandel" verstrickt sei.

Meldungen

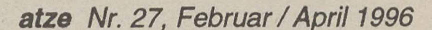
Randale auf der Langelandfähre

Am 22. Oktober 95 randalierten etwa 10-12 Jugendliche auf der Fähre von Bagenkop nach Kiel. Sie pöbelten Gäste an, riefen Parolen wie „Sieg Heil“, „Hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz“ usw.. Auf der Fähre kam es zu zwei Körperverletzungen und einer eingeschmissenen Scheibe. Nachdem sich verschiedene Leute beschwert hatten, kam noch in Kiel die Wasserschutzpolizei an Bord (allerdings nur wegen der Scheibe), alles andere sowie die Personalien der Beteiligten wurden nur auf massives Drängen anderer Fahrgäste aufgenommen. Einer der Randalierer wurde mitgenommen, nachdem er vor den versammelten „Polizeieinsatzkräften“ (inzwischen waren etwa 40 Beamte hinzugekommen) nochmals den Hitlergruß gezeigt hatte. Die anderen durften an Bord bleiben, so daß sie - nachdem die Polizei wieder abgezogen war- die Möglichkeit hatten, Menschen, die Anzeige gegen sie erstattet, oder sich als ZeugInnen zur Verfügung gestellt hatten, massiv zu bedrohen und zu schlagen.

Eine Notiz der Kieler Nachrichten brachte die Ereignisse in den Zusammenhang mit den „Kieler Chaostagen“ am gleichen Wochenende. An diesem Wochenende fand in der Ostseehalle ein Konzert der ehemaligen Kultband der Neonaziszene „Böhse Onkelz“ statt, zu dem etliche Nazis erschienen waren. AntifaschistInnen hielten sich vor und während des Konzerts in der Innenstadt auf, um zu versuchen, Ausschreitungen zu unterbinden.Punks hatten in einem Flugblatt zu „Chaos-Tagen“ in Kiel aufgerufen, um das Konzert zu behindern. Die KN weckte den Eindruck, als wären diejenigen, die gegen das Konzert mobilisiert hatten verantwortlich für den Ärger auf der Langeland-Fähre. Auf Nachfrage gaben sie die Polizei als Informationsquelle an. Ob es ein gerichtliches Nachspiel geben wird, bleibt abzuwarten. Die Ermittlungen der Polizei sind noch nicht abgeschlossen.

Rendsburger StreetworkerInnen für „rechte Jugendliche“ fristlos gekündigt

Seit April 1994 gibt es in Rendsburg die „Anlauf- und Kontaktstelle“ (ANUKONTA), in der zwei StreetworkerInnen die Stiefelnaziszene mittels Sozialpädagogik befrieden sollten. Diesen wurde im November 1995 dann wegen fingierter Abrechnungen, also der Unterschlagung finanzieller Mittel aus dem Projekt, fristlos gekündigt. Ein Rückblick auf 18 Monate „Streetwork“ in Rendsburg kommt nach Einschätzung Rendsburger AntifaschistInnen zu folgendem Ergebnis: „Zunächst ist der Ruf der Jugendarbeit im allgemeinen und der des „Streetworks“ im besonderen wieder einmal schwer beschädigt worden.(..) Es bleiben die faschistoiden Gedanken in den Köpfen vieler Jugendlicher und Erwachsener. Die (Führungs-) Rolle des jungen „Rechtsradikalen-Führers“ Frank Dreves ist - durch die Fixierung der Streetworker auf ihn - noch weiter ausgebaut und dadurch die „braune Organisierung“ letztendlich vorangetrieben worden. (..) Auf jeden Fall zeigt sich, daß das Streetwork - Projekt nur ein Alibi für die eigene Untätigkeit von Kirche und PolitikerInnen war und sich eigentlich niemand wirklich dafür interessiert hat. Und überrascht sollte daher keine(r) sein ! “
(aus: Gegengift - politische Informationen für Rendsburg und Umgebung Nr.24 Jan/Feb 1996)



Kieler RCDS weiter auf Rechtsaußenkurs

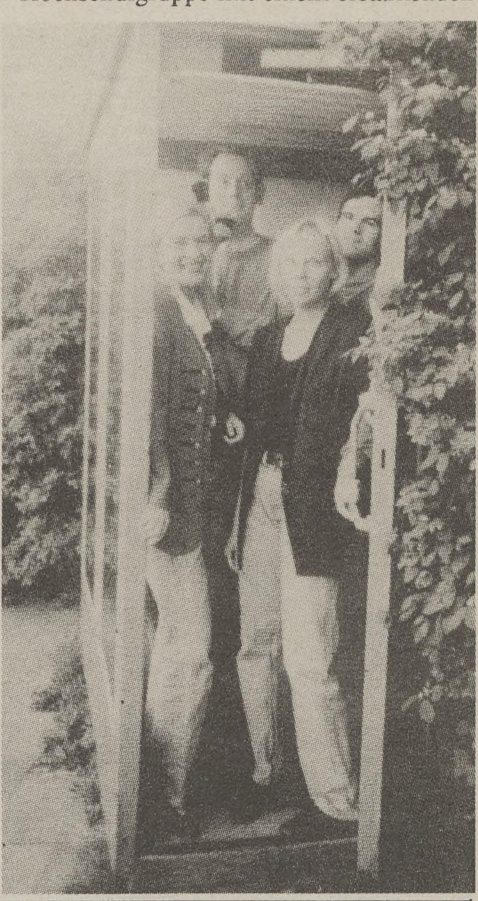
Nachdem sich der Kieler RCDS (Ring Christlicher Studenten - CDU-StudentInnenorganisation) im Rahmen der Diskussion um den 50. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus hinter den geschichtsrevisionistischen Aufruf "8. Mai - Gegen das Vergessen" stellte (vgl. ATZE Nr. 25), ist es dem rechten Flügel nun endgültig gelungen den RCDS zu übernehmen.

Im Wahlkampf um den Einzug in das Studierendenparlament (Stupa), der kurz nach den politischen Auseinandersetzungen um die Veröffentlichung des 8.Mai Aufrufs durch den RCDS im Juni 1995 folgte, hielt sich der RCDS mit politischen Aussagen zurück, vielmehr versuchte er sich als neutrale Serviceliste darzustellen. Einen sexistischen Ausfall konnten sie sich dann aber doch nicht verkneifen. Das Wahlergebnis brachte dem RCDS Zugewinne, mit 12,23% (766 Stimmen) - gegenüber 9,19% bei den letzten Wahlen - verfehlte er nur knapp einen dritten Sitz im Stupa. Durch günstige Mehrheitsverhältnisse konnte aber eine weitere Beteiligung des RCDS im Allgemeinen Studierenden Ausschuß (AStA) verhindert werden. Mit dem Verlust der AStA-Beteiligung verlor die Gruppe uni-politisch an Bedeutung.

Personell ist die Gruppe allerdings gut besetzt, sie trat zu den Stupa-Wahlen mit der größten Liste an. Der Teil der Aktiven beschränkt sich dabei aber auf wenige Personen. Der Initiator der 8. Mai Veröffentlichung Fedor Mrozek (Geschichtsstudent) ist seitdem ohne weitere Veröffentlichung geblieben. Dafür hat der Listenplatz 1 auf der RCDS-Stupawahlliste Jörn Fischera (auch Geschichtsstudent und Teilnehmer der Übung zur "Konservativen Revolution" - siehe Artikel), der ebenfalls dem rechten Flügel zuzurechnen ist, offenbar das Ruder übernommen. Er war für die letzten Service-Veranstaltungen (Situation von Lehramtsstudierenden, Studienmöglichkeiten in den USA) verantwortlich und tauchte mit vier weiteren RCDS-Mitgliedern auf einer AStA-Veranstaltung über die Kriminalisierung und die Verfahren gegen angebliche MacherInnen der autonomen Zeitschrift "radikal" auf. Die "Anti-Antifa"-Abteilung vom RCDS schrieb fleißig mit und kaufte sich nach der Veranstaltung u.a. die ATZE Nr.26 (in der sie über sich ausnahmsweise nichts gefunden haben). Da dies eine Veranstaltung des Referates für politische Bildung des AStA war, konnten die "mutigen VerteterInnen von law and order" nicht des Saales verwiesen werden, wie es sich einige TeilnehmerInnen der Veranstaltung wohl wünschten. Wenige Tage nach der Veranstaltung veröffentlichte der RCDS dann unter dem Titel "Freie Fahrt für Extremisten an der Kieler Uni" ein Flugblatt, in dem die Uni-Öffentlichkeit dann aufgeklärt wurde, nämlich über die schlimmen Umtriebe "von Leuten, die unverhohlen ihre Sympathie für Terroristen und Gewaltaktionen zum Ausdruck bringen" und das auch noch mit "breiter Unterstützung von der Mehrheit des AStAs". Das Flugblatt endet in antifaschistischer Tonart: "Keine Toleranz der Intoleranz! Überlaßt den Feinden unserer Demokratie nicht das Feld. Wehret den Anfängen!", gemeint sind hier allerdings nicht NeofaschistInnen an der Kieler Uni, sondern die "sogenannten AntifaschistInnen und BerufsrevolutionärInnen, die einen Hauch von ‚68 verbreiteten". Dieses Meisterwerk in geschichtsrevisionistischem Links = Rechts wurde dann noch mit einem Aufruf abgerundet, gegen "derartige Aktivitäten" Stellung zu beziehen. Wie tief die Mitglieder des RCDS, der ja immerhin eine "renommierte" Hochschulgruppe ist, in Verfolgungswahn verhangen sind zeigt, daß sie nicht einmal, wie sonst üblich, einen konventionellen V.i.S.d.P. (Verantwortlicher im Sinne des Presserechts) unter ihr Machwerk setzten. Dort war zu lesen: "RCDS, AK-Extremismus, Uni-Gruppe Kiel", also ein offenes Bekenntnis zu ihrer „Anti-Antifa"-Aktivität. Die selbsternannten VerfassungsschützerInnen ließen es sich dann natürlich auch nicht nehmen im Stupa einen Antrag einzubringen, daß "das Stupa die Unterstützung derartiger demokratiefeindlicher Bestrebungen durch das AStA-Referat für politische Bildung verurteilt und den AStA auffordert, dies zukünftig zu unterlassen". In der Diskussion wurde dem RCDS dann erklärt, was Demokratie bedeutet und der AStA (Koalition aus: Fachschaftsliste, Grünen und Jusos) sah auch keinen Anlaß sich von der Veranstaltung zu distanzieren. Es wurde betont, daß eine Veranstaltung, in der über die Kriminalisierung einer Zeitschrift und die brutalen Durchsuchungen von Privatwohnungen, Projekten und Initiativen (z.B. einer Beratungstelle für Frauen in Lübeck) informiert wird, nicht nur nichtdemokratiefeindlich ist, sondern gerade auf die Verletzung demokratischer Rechte durch Polizei und Justiz hinweist. Für den Antrag des RCDS stimmten drei Stupa Mitglieder, dagegen 11, drei enthielten sich.

Ein Teil des RCDS hat sich zudem der "Brauchtumspflege" verschrieben und sammelt sich in der nationalistischen "Deutschen Hochschulgilde Theodor Storm" um Briga Bohlinger (siehe Kasten auf Seite 12).

Beim Kieler RCDS kann also keine Rede mehr von einer konservativen Hochschulgruppe mit einem erstarkenden



witzig, witzig: RCDS Wahlwerbung (hinten rechts steht Jörn Fischera)

rechten Flügel sein. Dieser rechte "Flügel" bestimmt das Auftreten der Gruppe inzwischen maßgeblich. Der RCDS ist derzeit eine rechte Hochschulgruppe mit einigen konservativ-demokratischen "Feigenblättern". Es steht aber zu befürchten, daß die konservativen Juppis, die die RCDS WählerInnenschaft darstellen, diese Entwicklung nicht wahrnehmen oder es ihnen egal ist und der RCDS als Serviceliste bei den Wahlen im Sommer 1996 evtl. sogar noch stärker wird. (Antifa-Uni-Plenum)

Übung zur "Konservativen Revolution"

Verbreitung rechter Theorie im Historischen Seminar der CAU

An der Christian-Albrechts-Universität (CAU) werden mittlerweile fast in jedem Semester Veranstaltungen im Historischen Seminar angeboten, die von rechten StudentInnen massiv besucht werden, da dort zumeist ohne jede kritische, wissenschaftliche Betrachtung rechtes Gedankengut transportiert wird.

Der politisch skurrile Prof. Dr. Grieser, ein Militarist, der Preußen und die DDR abfeiert, bot z.B. eine Veranstaltung an, in der der Kurs u.a. das SS-Lied "Wenn alle untreu werden", das "Deutschlandlied" in allen Strophen, aber auch die "Internationale" sang. Im Sommersemester 1995 bot er das Seminar: "Leibstandarte Adolf Hitler statt Wachregiment Großdeutschland? Militärische Leistung und allgemeines Verhalten von SS- und Heeresverbänden im Spiegel von Divisionsgeschichten, Weltkriegsdarstellungen, Erinnerungsbüchern und Zeitzeugenberichten" an. In diesem Seminar berichtete auch ein ehemaliges SS-Mitglied u.a. über die "Partisanenbekämpfung". Nahezu in allen in diesem Seminar geschriebenen Arbeiten wurden militärische Geschichtslügen von den StudentInnen unhinterfragt wiedergegeben.

Im Wintersemester 1995/96 fand nun eine Übung zur "Konservativen Revolution" statt. Angeboten wurde diese von Dr. Jürgen Elvert. Als Textgrundlage diente das aus einer Dissertation (1949) hervorgegangene Buch "Die konservative Revolution in Deutschland 1918-32 - Grundriß ihrer Weltanschauungen" von *Armin Mohler*, das heute als "Standardwerk" in keinem Buchdienst des intellektuelleren neofaschistischen Flügels fehlt.

Der Publizist Armin Mohler war Privatsekretär bei dem ehemaligen Privatsekretär Hitlers *Ernst Jünger*, Journalist bei der *Welt*, Berater von *Franz Joseph Strauß*, erster Träger des Konrad Adenauer Preises und von 1964-85 Geschäftsführer der Carl-Friedrich von Siemens-Stiftung. 1970 hat Mohler die Zeitschrift "Criticon" mitbegründet. "Criticon" hat sich vom überwiegend konservativen Blatt zu einer Plattform des erneuerten Neofaschismus entwickelt und dient als Kommunikationsforum zwischen Konservativen und NeofaschistInnen. Armin Mohler ist Lehrer von *Alain de Benoist*, dem Begründer der französischen "nouvelle droite" ("Neue Rechte"). Zudem ist er Mitglied in der für die "nouvelle droite" bedeutsamen Studiengesellschaft "GRECE" und im Thule-Seminar, dem deutschen Ableger der "nouvelle droite".

Sein Buch beschäftigt sich mit der "Konservativen Revolution (hauptsächlich in den 20er Jahren)". Unter den sog. konservativen Revolutionären versteht Mohler eine Vielzahl von kleineren Zirkeln und Gesprächskreisen, die sich - unorganisiert, aber häufig personell und strukturell vernetzt - hauptsächlich "intellektuell" betätigen. Ihre antiaufklärerische, antiliberale, oft mystisch/esoterisch durchsetzte Grundhaltung äußert sich politisch in völkischen und nationalistischen, antisemitischen und rassistischen, sowie antidemokratischen Standpunkten. Trägergruppen dieser "konservativen Revolution" sind nach einer Grobeinteilung Mohlers die Völkischen, Jungkonservative, Nationalrevolutionäre, die (bündische) Jugend und die Landvolkbewegung. Diese Gruppen unterscheidet er von den reaktionären Kräften in der Weimarer Republik. Mohler wehrt sich auch gegen die Gleichsetzung der "Konservativen Revolution" mit dem Nationalsozialismus. Zwar habe sich die NSDAP viele ideologische Standpunkte der "konservativen Revolution" zu eigen gemacht, sie sei aber trotzdem nicht die praktische Umsetzung "konservativrevolutionärer" Ideen. Dies zeige sich spätestens am 30.6.1934 mit dem sog. Röhmputsch. An diesem Tag (nicht 1933!) sei mit der Ermordung von Trägern "konservativrevolutionärem" Gedankenguts, die Mohler durch die Bezeichnung als "Trotzkisten innerhalb der NSDAP" mit der Aura von Widerstandskämpfern umgibt, die "Grenze zwischen Gut und Böse" gezogen worden. Auf die tatsächliche Verantwortung der "konservativen Revolutionäre" für den Aufstieg der NSDAP und ihre ideologische Vorarbeit geht Mohler nicht ein, bzw. negiert diese (trotz eigener Zugeständnisse geht er vom "Mißbrauch" durch die NSDAP aus).

Das Buch ist ein Versuch verschiedene Einzelpersonen, bestimmte Gruppierungen, sowie ideologische Versatzstücke aus dem Bann der Nazigreuel herauszulösen und damit wieder hoffähig zu machen. Ein Ziel das sich inzwischen Stück für Stück verwirklicht. Mohler ist es zumindest gelungen den Begriff "Konservative Revolution" zu prägen, zu etablieren und mit Inhalt zu füllen, ohne dabei auf dessen faschistischen Charakter einzugehen. Dieses Buch gilt in der Geschichtswissenschaft als Grundlagenwerk für den Bereich "Konservative Revolution". (weiter Seite 13)

Deutsche Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel

Zum Beginn des Wintersemesters 1995/96 trat erstmals die *Deutsche Hochschulgilde Theodor Storm zu Kiel* öffentlich in Erscheinung. Diese Gruppierung stellt sich selbst in die Tradition der Deutschen Jugendbewegung und „möchte denjenigen geistige Heimat, Gemeinschaft und Lebensbund sein, die nicht nur nehmen, sondern auch geben können". Konsum alleine mache nicht glücklich, daher möchten sie ihre „schöpferischen Kräfte durch Referat, Gesang, Tanz, Sport und Fahrten in die Natur weiter entfalten" und einen „Beitrag zur Pflege unserer Kultur leisten." Die Farben der „Gilde" sind als „Bekenntnis zu diesem Land" (Schleswig-Holstein) blau-weiß-rot. Die erste öffentliche Veranstaltung dieser Gruppierung war ein Volkstanzabend „mit Volkstänzen aus dem gesamten deutschen Sprachraum" im DAB-Krug am Europaplatz (dort wurde vor einigen Jahren eine REP-Versammlung durch AntifaschistInnen aufgelöst). Als Kontaktpersonen sind zwei KandidatInnen des RCDS (CDU-StudentInnenorganisation) zur letzten Studierendenparlamentswahl angegeben. Eine davon ist Briga Bohlinger, die an der CAU durch rassistische Bemerkungen in Erscheinung trat und Tochter des faschistischen Verlegers Roland Bohlinger aus Viöl ist. In dieser nationalistischen „Hochschulgilde" tummeln sich vermutlich noch weitere Personen aus dem Umfeld des Kieler RCDS. (AUP)

Geschichtsrevisionismus - Militarismus - Sexismus:

Die Aktivitäten der Alten Königsberger Burschenschaft

Besonders interessant sind die jüngsten Veranstaltungen und das Auftreten der rechtsextremen *Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia zu Kiel (AKB).*

Ausgerechnet am 20. April (!) zeigten die Burschen Geschichtsbewußtsein. Mit dem Vortrag "Der strategische Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung" von *Hans-Joachim von Leesen* (ehem. Geschäftsführer des schleswig-holsteinischen Heimatbundes, hält gerne Vorträge bei den „Republikanern" und Gesprächszirkeln um die „Junge Freiheit") verwandelten sie mit revisionistischen Geschichtsbewußtsein TäterInnen in Opfer. Am 18. Mai berichtete dann Oberst i.G. Hermannsen den Militaristen der AKB (Voraussetzung für die Aufnahme in die Burschenherrlichkeit ist die Ableistung des Grundwehrdienstes) über "die Bundeswehr im Wandel: Neue Aufgaben - neue Strukturen". In der Woche des Jahrestages von Francos Tod hielt Dr. Adalbert Münchmeyer einen Vortrag über die deutsche "Legion Condor", die auf faschistischer Seite im spanischen Bürgerkrieg kämpfte. Dr. Christian Zöllner (Direktor der CDU-nahen Hermann-Ehlers-Akademie), der am 11. Januar über das Thema "Wertewandel in unserer Zeit" berichtete, kann sich sicher sein, daß bei den Burschen des AKB seit über 100 Jahren kein Wertewandel stattgefunden hat.

Typisch ist auch das öffentliche Auftreten des AKB zum Beginn des Wintersemesters 1995/96. Zur Begrüßung der ErstsemesterInnen legten sie auf ihrem Stand die "Burschenschaftlichen Blätter" des Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft (DB)* aus. Ein rechtes Kampfblatt, von dem sich Burschenschaften sonst gerne distanzieren, um sich als "nicht-rechtsextrem" darzustellen. Weiterhin verteilte der männerbündische Haufen primitiv sexistische Werbekärtchen. Wenig Begeisterung riefen bei den Burschen allerdings die Stelltafeln des Antifa-Uni-Plenums, die über Geschichte und Ideologie der Burschenschaften informierten, hervor. Ein Werbekärtchen der AKB, das als Beispiel unter dem Komplex "Sexismus als Lebensprinzip" angebracht worden war, riß einer der wehrhaften jungen Männer wutentbrannt von der Stelltafel. (AUP)

Fortsetzung von Seite 12:

Die Übung wurde von ca. 15 StudentInnen besucht, darunter die RCDS-Mitglieder *Briga Bohlinger* und *Jörn Fischera*. Von einem kritischen Umgang mit diesem interessengebunden Werk Mohlers in der Übung ist nicht auszugehen. Die Mehrzahl der TeilnehmerInnen ist dem rechten Spektrum (RCDS und Korporierte) an der CAU zuzurechnen und wird wohl die Gelegenheit wahrgenommen haben im Rahmen ihres Studiums ihre Ideologie zu verfestigen, bzw. zu bestätigen. (joh, aup)

Antisemitischer „Bund für Gotterkenntnis" weiter aktiv

Ohne gravierende Auswirkungen auf die Aktivitäten des antisemitischen *Bund für Gotterkenntnis* (BfG) sind bisher die Bemühungen einer Bürgerinitiative in der Gemeinde Westensee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) geblieben. Zwar konnte der Versuch abgewehrt werden, einem Autor im örtlichen SPD-Mitteilungsblatt die Nennung von Namen besonders engagierter BfG-Aktivisten gerichtlich zu untersagen, auf dem Hof Schönhagen sind jedoch auch 1996 Versammlungen vorgesehen. So soll es im Juni eine Sonnenwendfeier und im September eine „Tagung für Gotterkenntnis (L)" geben.

Für zukünftige politische Auseinandersetzungen hat Roland Bohlinger, der der antisemitischen Vereinigung nahesteht und über seinen Verlag in Nordfriesland rechte Verschwörungsliteratur in großer Zahl verbreitet, kurzfristig ein - so die hochtrabende Eigenbezeichnung - „Gutachten zur Eignung der Philosophie Mathilde Ludendorffs als weltanschauliche Grundlage für ein freiheitlich-demokratisch-rechtsstaatliches Gemeinschaftsleben" vorgelegt. Die Zeitschrift des *Bund für Gotterkenntnis* lobt das Werk, weil es besonders geeignet sei „für den Zeitgenossen, der sich da sagt: Höre beide Seiten". Bohlinger versucht sich darin im Nachweis, daß die Ludendorffsche Lehre von der Gotterkenntnis demokratisch und nicht rassistisch sei. Dies kann ihm jedoch nur gelingen, indem er grundlegende Annahmen dieser Weltanschauung, wie z.B. den Gedanken der „Rassentrennung" (=Apartheid), im Text ausblendet.



Ludendorffer Hans-Werner Lepthien (Nortorf) beim Versuch, am Grab des NS-Kriegsverbrechers Rudolf Heß einen Kranz niederzulegen (1987)

Schon gehört?

Auf Einladung des 1. Vorsitzenden, **Dr. A.-F. Ventker** aus Großhansdorf, trafen sich Ende Oktober 1995 etwa 30 Personen zur Herbstagung des völkisch-rassistischen *Bundes der Goden* in Elpersbüttel / Dithmarschen. Die Versammelten lauschten den Ausführungen von **Heinz Sach** (Bad Segeberg), der Anfang Mai 1995 bereits beim Treffen der *Artamanen* auf dem Scheersberg bei Flensburg vortrug.

Der frühere REP-Europaabgeordnete und Ex-REP-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, **Emil Schlee**, kann jetzt auch auf Videofilm „bewundert" werden. Aufsätze in antisemitischen Zeitschriften wie CODE reichen ihm anscheinend nicht mehr aus; eine Rede über „die Vertreibung der Deutschen. Völkerrechtswidrig - unverjährt - ungesühnt" kann nun als VHS-Video-Dokumentation für 40.- DM gekauft werden.

Für **Dr. Max Klüver** (Plön) legt sich Lisbeth Grolitsch in der Dezemberausgabe der neofaschistischen *Hutten-Briefe* ins Zeug. Klüver verbreitet seine Behauptungen zur Kriegsschuldfrage, nach denen die Nazis nicht schuld am Zweiten Weltkrieg seien, nun auch auf Tonkassetten. Grolitsch hebt besonders hervor, daß der Geschichtsfälscher 20% der Umsatzerlöse „für die Arbeit an den Rußlanddeutschen in Ostpreußen zur Verfügung" stelle. Da die *Hutten-Briefe* in der Vergangenheit **Dietmar Munier** (Martensrade bei Kiel) unterstützten, darf vermutet werden, daß auch Klüvers Geld in dessen Projekte fließt.

Bei der Vertreterversammlung des *Landesverbandes der vertriebenen Deutschen* (LvD) in Schleswig-Holstein am 25. November 1995 wurde **Günter Petersdorf** als 1. Vorsitzender im Amt bestätigt. Ihm zur Seite stehen fortan **Helmut Reichmann** (2. Vorsitzender) und **Dieter Schwarz** (3. Vorsitzender).

Mitte Dezember 1995 führte die Polizei bei **Wolfgang Schimmel**, dem Lübecker Kreisvorsitzenden der NPD, eine Hausdurchsuchung in dessen Wohnung in Bad Oldesloe durch. Anlaß war ein Flugblatt, das im August 1995 gemeinsam mit der antisemitischen Hetzschrift *Unabhängige Nachrichten* in Lübecker Briefkästen verteilt worden war, und für das Schimmel verantwortlich zeichnete. Beim Volkstrauertag im November beteiligte sich Schimmel an den Kranzniederlegungen in Reinfeld und auf dem Ehrenfriedhof in Lübeck.

Thies Christophersen, der 1995 die Nazizeitschrift *Die Bauernschaft* an Ernst Zündel in Kanada übergeben hat, muß nun auch die Schweiz verlassen. Nach Zwischenstationen in England und Belgien begab er sich zu Gesinnungsfreunden in der Schweiz. Zwischendurch fuhr er - so heißt es in der Anfang des Jahres ausgelieferten aktuellen Ausgabe der *Bauernschaft* - „durch Deutschland, um einige Freunde zu besuchen". Unterdessen ist sich *Amnesty International* in Dänemark nicht zu schade, mit dem Konterfei des international bekannten Auschwitzleugners für Meinungsfreiheit zu werben.

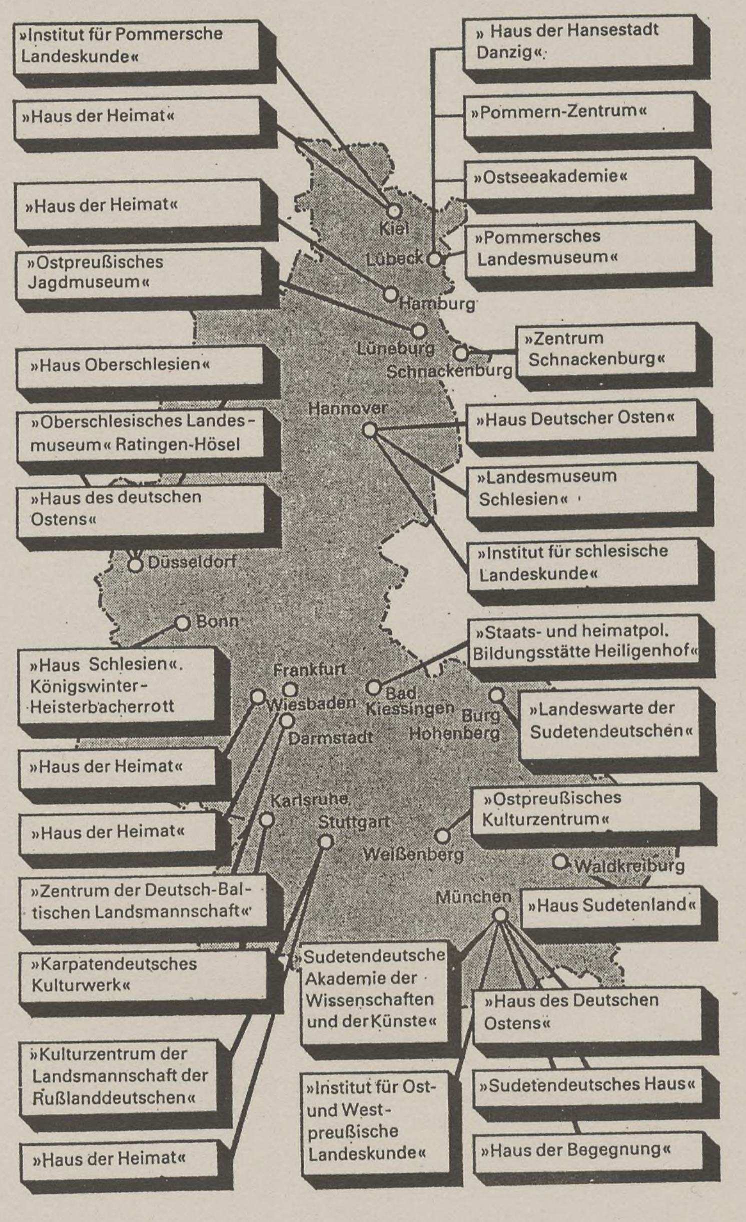


Revanchisten im Kreis Pinneberg vorerst gestoppt

Der Widerstand gegen die geschichtsrevisionistischen Ziele des Bundes vertriebener Deutscher (BvD) *hat im Kreis Pinneberg Form angenommen. Nachdem auf Initiative der Kreistagsfraktion der* GRÜNEN *eine Hetzveranstaltung des* BvD *zum 8. Mai im Pinneberger Kreishaus durch Landrat Harms* (SPD) *verboten wurde, führte eine nachfolgende Diskussionsveranstaltung des* BvD *über das Verbot zum vorzeitigen Auszug des* SPD-*Fraktionsvorsitzenden Anders und der anwesenden Mitglieder der* GRÜNEN-*Kreistagsfraktion. SPD und Grüne sahen sich üblen Beschimpfungen ausgesetzt und mit einer Aktionseinheit des Vertreters der* Deutschen Liga für Volk und Heimat *im Kieler Landtag, Stawitz, sowie Krüger* (BvD) *konfrontiert. Vorläufiger Höhepunkt ist nun: Nach einem erneuten Verbot einer Ausstellung des* BvD *und der* Kreisgemeinschaft Fischhausen *anläßlich des Tags der Heimat durch Landrat Harms wird diesem mit Mord gedroht.*

Zu dem Verbot der Ausstellung im Kreishaus erschien auch ein ungewöhnlich kritischer Artikel in den Uetersener Nachrichten, dem eigentlichen Hausblatt der Revanchisten um Erwin Krüger (BvD) und Ilse Rudat (Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen).

Hier heißt es: „Die Vertreibung von zwölf Millionen Deutschen aus dem Osten ist ein weithin unbekanntes Thema, glaubt der Bund der Vertriebenen (BdV). Eine Ausstellung in einem kleinen Raum im Hotel ‚Cap Polonio' im Rahmen des jährlichen Treffens der Kreisgemeinschaft Fischhausen sollte Licht in das Dunkel der Unwissenheit bringen ... Die Ausstellung gegliedert in Kapitel wie ‚Deutsche Ostsiedlung im Mittelalter', ‚Beginn des 2. Weltkrieges', ‚Zwangsumsiedlungen Deutscher im Krieg', ‚Planungen der Siegermächte und so fort, erhebt den Anspruch, aufzuklären, was (den Ostdeutschen) geschah und die wahren Hintergründe für die Entfesselung des 2. Weltkrieges aufzudekken. Was die Ausstellung tatsächlich zeigt, sind aber, mag es der BdV auch anders sehen, sattsam bekannte Tatsachen. Die eigentliche Kritik an der Ausstellung betrifft aber die Herauslösung der dargestellten dramatischen Ereignisse von Flucht und Vertreibung aus dem geschichtlichen Kontext. Wo findet sich ein Hinweis darauf, daß der verbrecherische Krieg von Deutschland ausging? Wo ein Hinweis darauf, was deutsche Menschen mißliebigen Minderheiten im eigenen Land und ihren Nachbarvölkern antaten? Weil diese Hinweise fehlen, hatte es ja der Landrat des Kreises Pinneberg, Berend Harms, abgelehnt, diese Ausstellung im Kreishaus zeigen zu lassen. Dabei sind die Verbrechen der Deutschen beispiellos in der Geschichte und haben die Saat gelegt für den Haß, der nach der Niederlage dann auch viele Unschuldige traf. Eine Darstellung von Greueltaten an Deutschen, von Flucht und Vertreibung unter Auslassung dieses... Hintergrundes ist geschichtsverfälschend."(1)



Revanchistenzentren in der BRD (vorrangig Gründung in den 80-er Jahren)

Dabei hatten sich die Revanchisten genau überlegt, in welche Richtung sie mit einer solchen Ausstellung wirken wollten. Zum Tag der Heimat, der dennoch im Kreistagssaal stattfand, ließen sie einen niederländischen „Völkerrechtler" namens Dr. Frans de Buy auffahren. Für de Buy ist die „Vertreibung von Millionen deutscher Frauen, Kinder und Männer nicht die direkte Folge des Ergebnisses des Zweiten Weltkrieges." Er behauptete weiter, es gäbe „Beweise dafür, daß die Vertreibung der Deutschen offen bekundetes Ziel der Tschechen und Polen seit 1918 gewesen" sei. Die „Rechtslage der Heimatvertriebenen" nannte de Buy „ein Verbrechen, das bis heute ungesühnt ist". Die deutschen Heimatvertriebenen seien immer in besonnener Weise vorgegangen. Jetzt stünden sie völlig entrechtet da. (2) Der Vorsitzende der Kreisgemeinschaft Fischhausen, Schwarz, forderte im Anschluß, daß sich Schulen und Universitäten des

Fortsetzung nächste Seite

Volksgruppenschutz und Minderheitenpolitik als Vorwand für revanchistische Gebietsansprüche

Euroregio - Regio Egrensis

Die italienischen Provinzen Bolzano und Trentino haben gemeinsam mit dem österreichischen Bundesland Tirol beschlossen, eine gemeinsame „Euroregio" zu gründen und ein gemeinsames Büro bei der EU-Kommission in Brüssel zu eröffnen. Das italienische Parlament in Rom hat für dieses Vorhaben grünes Licht gegeben; die zweite Parlamentskammer in Rom, der Senat, muß allerdings noch zustimmen. Diese Beschlüsse haben in Italien für große Aufregung gesorgt. Die Staatsanwaltschaft von Trient ermittelt wegen „seperatistischen Tendenzen mit dem Ziel, die Rückgliederung Alto Adiges nach Österreich zu betreiben". Die italienische Außenministerin Agnelli protestiert scharf gegen den „Anschluß eines Teils Italiens an ein anderes Land". Es drängt sich die Frage auf, warum die neue „Euroregio" für so viel Aufregung sorgt.

Fortsetzung von Seite 15

Themas „Flucht und Vertreibung" annehmen sollten. Sieht man diese Aussagen im Zusammenhang, so war beabsichtigt worden, die Ausstellung als geschichtliches Dokument in den Schulen zu verbreiten. Das Kreishaus sollte als Sprungbrett herhalten. Der Beitrag des „Völkerrechtlers" hätte dann als Unterfutter für eine Einheit im Geschichtsunterricht fungiert.

Diese Absichten hat der Landrat nun torpediert. Die Reaktion der Revanchisten ist entsprechend. „Wir Vertriebene werden einen Weg für deinen Tod finden" heißt es in dem anonymen Schreiben. Dieses Schreiben sei nicht das einzige, das er bekommen habe. Die Briefe seien aus allen möglichen Regionen gekommen, er erinnere sich spontan an Walsrode und Münster. Der Landrat habe „alle Deutschen beleidigt", heißt es in einem anderen Brief, sowohl Erster als auch Zweiter Weltkrieg seien den Deutschen aufgezwungen worden. (3) Gegen diese Art Geschichtsunterricht aus dem Hause der Landsmannschaften hat Harms mit dem Verbot der Ausstellung erstmalig inhaltliche Gründe genannt, auf die sich auch antirevanchistische Kräfte beziehen können. Er begründete sein Verbot nicht nur aufgrund des „geschichtsfälschenden" Inhaltes, sondern auch wegen „diverser undifferenzierter Anspielungen auf Wiedergutmachung". (3)

Quellen: (1) Uetersener Nachrichten vom 19.9.95; (2) Uetersener Nachrichten vom 21.9.95; (3) Pinneberger Zeitung vom 4.10.95

(aus: Politische Berichte 22/1995)

Die italienische Region Alto Adiges ist hierzulande besser bekannt als „Südtirol", Bolzano und Trentino als „Bozen" und „Trient". Das Projekt „Euroregio" soll für die in der gesamten Region lebende „Südtiroler" Volksgruppe der Anfang einer Art Selbstverwaltung darstellen. Autonomierechte für Volksgruppen, Bewahrung der eigenen Kultur und Sprache, Minderheitenschutz, das sind die Begriffe, die in dieser Diskussion immer wieder für die „Euroregio" ins Feld geführt werden. In Alto Adige wird das Projekt „Euroregio" vor allem von der „Südtiroler Volkspartei" (SVP) vorangetrieben. Die SVP ist traditionelle Regierungspartei der Alto Adige. Das Projekt „Euroregio" ist aber keineswegs eine „Südtiroler" Erfindung. Auf der Suche nach dem Ursprung des Begriffes kommt man über „Euroregio", „Euregio", „Regio Egrensis" zur „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen" (FUEV) mit Sitz in Flensburg. Die FUEV sieht sich selbst als Vertreterin von „etwa 100 Millionen Einwohnern in Europa". In ihr vertreten seien die „Nordschleswiger" in Dänemark ebenso wie die „Friesen" in den Niederlanden, die „Samen" sowie die „Finnische Minderheit" in Schweden, die „Elsaß-Lothringer" in Frankreich, die „Deutschen" in Nordpolen wie in „Oberschlesien", „Sudetendeutsche in Tschechien", „Deutsche in der Slowakei" etc.etc. und eben auch in Italien die „Südtiroler Rätoromanen" „Aostaner" und „Ladiner".

Die FUEV ist eine formell unabhängige Vereinigung, wird aber größtenteils aus staatlichen bundesdeutschen Mitteln finanziert. In den Gremien der FUEV sitzen Politiker aller Couleur - die Anhäufung von Politikern aus staatlichen Institutionen legt nahe, daß diese Vereinigung an das Bundesinnenministerium angebunden ist.

Eine der Organisationen, die gemeinsam mit der FUEV Forderungen und Projekte entwickeln, ist die SVP. Anfang der 90-er Jahre erarbeiteten die beiden Organisationen den „Bozener Entwurf". In diesem wurde für „Volksgruppen" in ganz Europa „das Recht auf Autonomie in Gesetzgebung und Vollzug der eigenen Angelegenheiten" eingefordert. Die Bedeutung dieser Formulierung wird deutlicher, wenn man einen „Konventionsentwurf" der FUEV als Erläuterung hinzunimmt: „Die Angehörigen von Volksgruppen, die in Gebieten siedeln, in welchen sie die Mehrheit der Bevölkerung bilden, haben das Recht auf einen als Territorialautonomie bezeichneten territorial abgegrenzten Sonderstatus mit autonomer Gesetzgebung und Vollziehung zur Wahrnehmung der eigenen Angelegenheiten. Dieser kann auch in bundesstaatlicher Form ausgeübt werden."

Wer sich Gedanken über diese Forderungen macht, kann allerdings die Aufregung innerhalb der italienischen Gesellschaft, vor allem der in Alto Adiges lebenden „Nicht-Südtiroler" verstehen. In letzter Konsequenz bedeutet diese Forderung für die Länder, in denen Regionen überwiegend von einer - wie auch immer zu definierenden - „Volksgruppe" bewohnt werden, die Aufgabe staatlicher Hegemonie über die betroffenen Gebiete. In diesem Zusammenhang wird auch deutlich, daß die Forderungen nichts, aber auch gar nichts mit Forderungen nach Minderheitenrechten, wie den Rechten für Sinti und Roma, oder dem besonderen Status der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu tun hat. Mit dem Verweis auf die Zusammenarbeit mit Vertretern dieser Gruppen, werden nämlich regelmäßig kritische Anmerkungen gegenüber der FUEV und ihrer „Volksgruppenpolitik" abgeschmettert. Wenn allerdingens eine nach „volklichen" Merkmalen bestimmte Gemeinschaft, die heute ganz modern nicht mehr Volksgemeinschaft genannt wird, aus einem Staatswesen ausgegliedert wird,

bedeutet dies, mögliche Interessenkonflikte nicht auf demokratische Weise, sondern durch Zersplitterung einer Staatsgemeinschaft zu lösen. Warum sollte eine Kultur nur durch eigene territoriale Autonomie lebendig gehalten werden? Und andersrum: was ist mit all denjenigen, die in den letzten Jahrzehnten z.B. aus anderen Teilen Italiens nach Alto Adiges gezogen sind? Müssen sie nun um ihre Rechte als Minderheit in einem solchen „volklichen" autonomen Territorium fürchten? Ist die „Euroregio" der erste Schritt weg von Nationalstaaten, hin zu Verwaltungsregionen, die nach „volklichen" Grundsätzen definiert werden. Noch gruseliger wird der Ausblick, den uns SVP und FUEV in ihrem „Entwurf" für die „Euroregio Tirol" bieten, wenn man die historischen Grundlagen betrachtet, die dem Wunsch nach territorialer Loslösung von Italien und nach dem Zusammenschluß mit dem österreichischen Bundesland Tirol zugrunde liegen. Die „Teilung Tirols" in einen italienischen und einen österreichischen Teil ist das Ergebnis des Versailler Vertrages. So alt wie der Kampf gegen „Versailles" ist also der Kampf für „ein freies Südtirol". Daher nimmt es auch nicht Wunder, daß gerade die „Freiheitlichen" des Jörg Haider für sich in Anspruch nehmen, die Idee der „Euroregion Tirol" initiiert zu haben. Die „Freiheitlichen" sind im Bundesstaat Tirol immerhin an der Regierung beteiligt. Auf der (noch) italienischen Seite der Grenze stehen neben der SVP eindeutig rechtsradikale Gruppen wie die „Union für Südtirol", deren Sprecherin Eva Klotz für die Kontinuität einer Politik steht, die ihr Vater in den siebziger Jahren als Bombenleger gegen italienische Einrichtungen geprägt hatte. Bei den Bombenanschlägen rechtsradikaler „Südtiroler" waren etliche Menschen ermordet worden.

Der Begriff „Euregio" wurde als „Regio Egrensis" im Umfeld der FUEV entwickelt. Neben Südtirol werden länderübergreifende Regionen unter anderem im Bereich Deutschland-Tschechische Republik, sowie im Bereich Deutschland-Belgien diskutiert. Beides Regionen in denen traditionelle „deutsche" Gebietsansprüche bestehen. Überdeutlich ist insbesondere an der Grenze zur Tschechischen Republik, auf was eine solche „Regio" hinauslaufen würde. Die Öffnung einer Region zwischen dem wirtschaftlich leistungsstärksten Land Europas und Tschechien würde schnell zu einer wirtschaftlichen, technischen und verwaltungsmäßigen Angliederung an die Bundesrepublik führen. Hatten die revanchistischen Kräfte mit den Vertriebenenverbänden und der CSU als Speerspitzen bisher versucht, die beanspruchten Gebiete direkt an die BRD anzugliedern, steht zu befürchten, daß dasselbe Ergebnis ohne staatliche Vereinigung mittels der „Regionen ohne (Staats-) Grenzen" erreicht wird.



FUEV-Komgreß in Flensburg (Mai 1993): FUEV-Präsident Mitterdorf erklärt der Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein, Heide Simonis (SPD), die „Neuordnung Europas"

Selbstverständlich bedeutet der Beschluß der Regionalregierungen Alto Adiges zur Bildung einer gemeinsamen „Euroregio Tirol" mit dem österreichischen Bundesland Tirol, das am 31.Mai mit Verabschiedung einer Art Regionsverfassung aus der Taufe gehoben werden soll, nicht automatisch und sofort eine Abspaltung von Italien. Dies wäre zur Zeit gegen Italien schlicht nicht durchsetzbar. Allerdings ist die „Euroregio Tirol" ein weiterer Schritt in Richtung dieses Ziels.

Für Schleswig-Holstein ist in diesem Zusammenhang vor allem interessant, welchen Anteil die FUEV in Flensburg bei diesen Abspaltungsbestrebungen „deutschstämmiger Volksgruppen" hat. Immerhin entsteht zur Zeit in Flensburg ein „Europäischen Zentrum für Minderheiten" unter Beteiligung der FUEV, von dem aus die weiteren Bestrebungen von „Europäischen Volksgruppen" nach Autonomie koordiniert werden sollen. Dabei wird es wichtig sein, zwischen legitimen Forderungen nach besonderen Rechten für kulturelle oder ethnische Minderheiten, und Sonderrechten für „volkliche" Gemeinschaften zu unterscheiden. Im Gegensatz zur Alto Adige und den „ursprünglich deutsch besiedelten Gebieten" ist ja bisher auch in der FUEV niemand auf die Idee gekommen, beispielsweise für die Dänen in Schleswig-Holstein Territorialautonomie zu fordern. Die unterschiedlichen Forderungen für Minderheiten in Deutschland oder in anderen Ländern müssen daraufhin untersucht werden, ob tatsächlich legitime Interessen von Minderheiten vertreten werden. Vieles spricht nämlich dafür, daß innerhalb der FUEV hinter dem Rücken vieler Mitgliedsorganisationen eine Politik betrieben wird, in deren Zentrum die Bemühungen stehen, den deutschen Einfluß auf die Situation anderer europäischer Länder zu vergrößern. Minderheitenpolitik als Mittel der Destabilisierung fremder Staaten hat in Deutschland Tradition. Die Verflechtungen der FUEV mit der deutschen Außenpolitik legen eine solche Vermutung nahe.

Zur Vertiefung sei das Buch „Deutschtum Erwache", Aus dem Innenleben des staatlichen Pangermanismus, von W. von Goldendach und H.R. Minow empfohlen. Es ist im dietz-Verlag erschienen undstellt die Kontinuität deutscher Außenpulitik dar. Mit der FUEV werden wir uns zukünftig noch eingehender beschäftigen.

Fantomas

Welch ein Irrtum ... Kurdistan - Diskussion in Kiel doch schon am Ende?

„Kurdistan-Solidarität: Die Diskussion hat erst begonnen" - so hatte ich meine Stellungnahme zu einer Veranstaltung der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft in Kiel überschrieben. („Gegenwind" 86 und „Atze" 26.) Kurz darauf hörte ich von verschiedenen Seiten, die (vor allem im „Gegenwind" geführte) Debatte ginge manchen langsam auf die Nerven, und eine der Hauptbeteiligten, Karen Wind, erklärte im „Gegenwind" 87: „ ... weil ich gerne auch wieder ein wenig Praxis zum Kriterium der Wahrheit machen will (und zwar noch vor der Weltrevolution), werde ich diese Diskussion im Gegenwind hiermit von meiner Seite aus beenden." Zuvor hatte sie sich ebenso wie zwei andere in der genannten Zeitschrift an einem neuerlichen Artikel Jens Hülsens abgearbeitet. Auf meine Fragen, Kritiken und Anmerkungen gab es aus diesem Kreis (sonst schon) keine Reaktion oder gar Erwiderung. Die Gegenüberstellung von Diskussion und Praxis geht an den Problemen und der Kieler Realität weit vorbei. Nun hat in Kiel am 19.1.96 eine von der Kurdistan-AG und der DFG/VK getragene Veranstaltung zum Thema „Kriegsdienstverweigerung in der Türkei" stattgefunden; ansonsten wirkt auf mich auch der Praxisdrang derjenigen, die der grundsätzlichen Diskussion überdrüssig sind, nicht unbedingt überzeugend.

Sei´s drum. Im Folgenden beschränke ich mich auf einige sachliche Ergänzungen zu Teilen meines Artikels.

HDW und die Fregatten

Zwei neue Fregatten für die Kriegsflotte der Türkei - diesen Auftrag hatte ein Werftenkonsortium unter Beteiligung von HDW Kiel und Blohm + Voß Hamburg an Land gezogen; nach der Wiederfreigabe von Rüstungslieferungen an den wichtigen NATO-Partner durch die Bundesregierung geht es nun an die Fertigung.

Die Antifaschistische Initiative Gaarden wandte sich am 12.11.95 mit einem Schreiben an den HDW-Betriebsrat, in dem es unter anderem heißt: „Seid versichert, daß wir Eure Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze auf den Werften teilen. Es sind auch unsere Sorgen als abhängig Beschäftigte, und als GaardenerInnen fühlen wir uns den Beschäftigten auf der Werft besonders verbunden.

Dennoch teilen wir die in der Presse verbreitete Freude über das genannte Prolekt nicht...

Dabei geht es zum einen um das allgemeine Problem fortgesetzter Rüstungsproduktion (die Aufrüstung der Bundeswehr macht uns auch nicht glücklicher). Zum anderen geht es konkret um die Wiederaufnahme der militärischen Aufrüstung der Türkei, in der nicht nur nach wie vor ArbeiterInnenrechte mit Füßen getreten werden, sondern die auch an ihrem schmutzigen Krieg gegen die Bevölkerung Türkisch-Kurdistans festhält.

In dieser Situation halten wir die Aufhebung des Lieferstopps für einen politischen Skandal. Infolgedessen müssen wir uns auch mit den Auswirkungen dieses Skandals vor Ort befassen (sonst würde politischer Protest zur wirkungslosen Pose) - also in Kiel auch mit dem geplanten Fregattenbau: Wir lehnen ihn ab."

Auf das Angebot zum Gespräch gab es vom HDW-Betriebsrat offiziell überhaupt keine Reaktion. Aus persönlichen Gesprächen wissen wir, daß die Fregatten gar nicht in Kiel gebaut werden sollen. Während bei HDW mehr U-Boote für die Bundesmarine gefertigt werden sollen, bleiben die Fregatten ganz für Blohm+Voß.

Was die IG Metall angeht, so ist trotz des Engagements etlicher KollegInnen in Arbeitskreisen zur Rüstungskonversion und trotz einer gegen Rüstungsproduktion und -export gerichteten Beschlußlage die Praxis eher durch eine Haltung geprägt, die man mit den Worten „Wir befürworten solche Aufträge nicht, aber wenn sie dann kommen , machen wir auch nichts dagegen" ausdrücken könnte .

Wir haben auch versucht, mit den Kieler Grünen über den Fregattenbau ins Gespräch zu kommen und politische Initiativen zu fördern. Das war ja nun gar nichts. Und dieser Tage fand ich in der Zeitung „Kieler Grün" (Ausgabe Dez. 95 - Feb. 96) einen langen Artikel mit der Überschrift „Kiels Hafenwirtschaft - von strategischer Bedeutung", in dem Ratsherr Wilfried Voigt nur im Zusammenhang mit dem Marinearsenal deutlich auf das Thema Rüstungsproduktion eingeht. Nämlich so: „Statt sich in Bonn für die zivile Nutzung des Marinearsenals einzusetzen (...), ist nur ein wehleidiges Klagen über den Truppenabbau zu hören. Da dieser aber kaum aufzuhalten ist, muß endlich eine klare Linie ..." usw.

Jeder so, wie er kann.

Was die in meinem letzten Artikel zitierten Anträge zu den Gewerkschaftstagen von IG Metall und IG Medien angeht - es ging darin um die Wahrung politischer Rechte der Kurden in Deutschland -, so kann ich dazu an dieser Stelle nicht viel sagen. Die Beschlüsse der IG Metall liegen mir noch nicht vor; ein Delegierter, den ich gefragt habe, wußte nicht, wie der Antrag beschieden worden ist. Die IG Medien hat auf ihrem Kongreß aus Zeitgründen viele Anträge, darunter den genannten, nicht behandeln können und sie an den Gewerkschaftsrat verwiesen. Eine Stellungnahme liegt noch nicht vor.

Meine, die Diskussion um die Inhalte der Kurdistan-Solidarität betreffende Einschätzung, war immer mit dem Versuch verbunden, eine aktuelle Praxis zu entwikkeln . Ich hoffe, daß sich diese Einschätzung nicht wirklich als grundlegender Irrtum erweist.

Dietrich Lohse

Atze

Antifaschistische Zeitung
Kiel
Schweffelstraße 6,
24118 Kiel
Auflage 700
Nr. 27, Februar/April 1996
V.i.S.d.P.: W. Petersen
Abdruck, auch auszugsweise, nur nach Rückfrage bei der Redaktion oder bei den AutorInnen.
Bankverbindung:
S. Petersen
KtoNr.: 47 53 83 - 204
Postbank Hamburg
BLZ: 200 100 20

KEIN RAUM FÜR RASSISTISCHE HETZE

GLEICHE RECHTE FÜR ALLE !

- *Wahlrecht für AusländerInnen*
- *Grenzen auf und Bleiberecht für alle*
- *Wiederherstellung und Ausweitung des Artikel 16 GG*
- *Abschaffung aller Sammelunterkünfte und Abschiebeknäste*
- *Weg mit den rassistischen Sondergesetzen*

Während der Landtagswahlen fungiert das Lübecker Antifaschistische Telefon Als landesweites Infotelefon.

Unter der Telefonnummer 0451/ 70 20 7 48 ist es jeden Tag zwischen 18 und 21 Uhr besetzt.

Antifaschistisches Bündnis Schleswig-Holstein